



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 26.01.2024

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 29. Januar 2024

Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen zwei neue Mitglieder des Handelsgerichts wählen und über die Überweisung eines dringlichen Postulats diskutieren, bevor er sich für den Rest des Tages mit Bau Themen auseinandersetzen wird. Nach dem Entscheid zum Kredit für den Umbau der Militärkaserne Zürich und der Abschreibung zweier Postulate steht eine längere Debatte zu einer Änderung des Planungs- und Baugesetzes an. Voraussichtlich erst am Nachmittag wird sich der Rat mit der Teilrevision von verschiedenen Kapiteln des kantonalen Richtplans befassen.

Tiefe und mittlere Einkommen sollen besser von der IPV profitieren

FDP-Kantonsrat Martin Huber will die Bedarfsgerechtigkeit bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) erhöhen. Mit einem breit abgestützten Vorstoss fordert er den Regierungsrat auf, diesbezüglich über die Bücher zu gehen ([KR-Nr. 422/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Da es sich um ein dringliches Postulat handelt, muss über dessen Überweisung sofort diskutiert werden, falls ein Ablehnungsantrag gestellt wird.

Martin Huber (FDP, Neftenbach), 078 649 38 95

57,8 Millionen Franken für die Instandsetzung und den Umbau der Militärkaserne Zürich

Die Militärkaserne Zürich soll für die künftige Nutzung als Bildungszentrum für Erwachsene für 57,8 Millionen Franken umgebaut und instandgesetzt werden. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, den Objektkredit zu genehmigen ([5887](#)). Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass es sich um ein gelungenes Projekt handelt. Für die Minderheit kosten die Gesamtinstandsetzung und der Umbau zu viel. Die SVP wird im Rat deshalb einen Rückweisungsantrag stellen mit dem Auftrag, die Gesamtkosten der Sanierung um 10 Prozent zu kürzen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Peter Schick (SVP, Zürich), 079 662 48 86

Postulate zu altersdurchmischem Wohnen und Bienenrettung sollen abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montag die Abschreibung von zwei Postulaten sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt einstimmig, das Postulat «Altersdurchmisches Wohnen» von SP-Kantonsrätin Theres Agosti Monn als erledigt abzuschreiben ([5690](#)). Die Verwaltung hat über die Handlungsfelder ausführlich berichtet. Unterstützung in ihren Bemühungen um altersdurchmisches

Wohnen erhalten die Gemeinden bei der Sicherheitsdirektion, die eine koordinierende Rolle innehat, sowie über die kantonale Wohnbauförderung und die Raumentwicklung. Ebenfalls einstimmig zur Abschreibung beantragt wird von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) das Postulat von GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig betreffend «Rettet die Bienen – zum Zweiten» ([KR-Nr. 135/2018](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, für die Bewirtschaftung oder Verpachtung von kantonseigenem Kulturland die Auflage vorzusehen, dass keine bienenschädigenden Pestizide zum Einsatz kommen. Die WAK anerkennt die Bestrebungen des Regierungsrates, in Zukunft bei Pachtverträgen Auflagen für eine bienenfreundliche Bewirtschaftung aufzunehmen, die auf Erkenntnissen der kantonalen Bienenfachstelle beruhen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Bedürfnisse der Gemeinden und Rechte der Eigentümer in Einklang bringen

Ausführlich debattiert werden dürfte am Montag die Revision des Planungs- und Baugesetzes betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat zwar einstimmig, diese zu verabschieden ([5860](#)). Die vorgeschlagenen Möglichkeiten der Gemeinden, mit planerischen und baulichen Massnahmen dem Klimawandel zu begegnen, will die Kommission aber abschwächen. Der Regierungsrat will die Voraussetzungen für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung verbessern. Insbesondere die planungs- und baurechtlichen Möglichkeiten der Gemeinden sollen mit einer Reihe von Kann-Bestimmungen erweitert werden. Dadurch wären die Gemeinden frei, Interessenabwägungen so vorzunehmen, dass sie den Bedingungen und Bedürfnissen vor Ort entsprechen. Die KPB hat sich vertieft mit der Frage beschäftigt, wie sich die Ziele einer klimaangepassten Siedlungsentwicklung, die Bedürfnisse der Gemeinden und die Rechte der Eigentümerinnen und Eigentümer in Einklang bringen lassen. Im Fokus lagen der Erhalt sowie die Neupflanzung von Bäumen. Eine Mehrheit der Kommission will betreffend Baumerhalt bei den geltenden Bestimmungen bleiben, sodass der Aufwand für Grundeigentümerschaften und Verwaltung verhältnismässig bleibt. Neu möchte sie aber den Gemeinden die Möglichkeit geben, zonen- und gebietsweise den Erhalt und Ersatz von Bäumen ab einem Stammumfang von 100 cm vorzuschreiben. Der Rat wird darüber hinaus über mehrere, unterschiedlich zusammengesetzte Minderheitsanträge zu verschiedenen Bepflanzungs-Themen befinden müssen. Kaum für Diskussionen dürfte indes die Genehmigung einer Änderung der Allgemeinen Bauverordnung und der Verkehrserschliessungsordnung ([5859](#)) sorgen. Die KPB hat diese gemeinsam mit der Revision des Planungs- und Baugesetzes beraten und beantragt einstimmig, die Vorlage zu genehmigen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit SVP: Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 044 915 01 68

Minderheit SP: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Minderheit FDP: Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 043 268 85 87

Minderheit GLP: Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Minderheit Grüne: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Minderheit Mitte: Marzena Kopp (Mitte, Meilen), 078 649 76 60

Grundsätzliche Zustimmung zu Teilrevisionen des kantonalen Richtplans

Erfahrungsgemäss eine längere Debatte dürfte die Festsetzung verschiedener Änderungen im kantonalen Richtplan auslösen, auch wenn die Änderungen grösstenteils unumstritten sind. So

beantragt die Kommission für Planung und Bau (KPB) einstimmig, die Teilrevision der Kapitel 1 «Raumordnungskonzept», Kapitel 2 «Siedlung» und Kapitel 6 «Öffentliche Bauten und Anlagen» festzusetzen ([5870](#)). Ebenso einstimmig beantragt die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) die Festsetzung der Teilrevision der Kapitel 4 «Verkehr» und Kapitel 5 «Versorgung, Entsorgung» ([5871](#)). Der kantonale Richtplan ist ein behördenverbindliches Steuerungsinstrument, um die räumliche Entwicklung langfristig zu lenken. Zu reden geben wird unter anderem der geplante Wechsel der Gemeinden Oberglatt, Niederhasli und Niederglatt vom Handlungsraum «Landschaft unter Druck» zum Handlungsraum «urbane Wohnlandschaft», zu dem Grünen-Kantonsrat Thomas Schweizer kurzfristig einen Ablehnungsantrag gestellt hat. Zudem beantragt eine Kommissionsminderheit (SP, Grüne, GLP) am Bildungsstandort Wädenswil 2.0 einerseits eine direkte barrierefreie Verbindung der Areale Reidbach-Grüental. Andererseits soll der Vernetzung zwischen den Arealen sowie dem Erhalt der Gartenanlagen am Standort Wädenswil eine hohe Bedeutung beigemessen werden. Auch umstritten war in der KPB die Aufnahme eines Schulhausprovisoriums für die Mittelschule in Affoltern am Albis. In der KEVU wurde unter anderem das Kapitel Siedlungsentwässerung und Abwasserreinigung umfassend überarbeitet. Im Lauf der Beratung beschloss die Kommission, auf die vorgesehene Streichung des Eintrags «Ausbau auf Doppelspur zwischen Dietikon Stoffelbach und Bahnhof Dietikon» zu verzichten. Eine Kommissionsminderheit (SVP) beantragt zudem einen Eintrag für eine Südumfahrung von Bassersdorf, um das Ortszentrum vom Verkehr zu entlasten.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit «urbane Wohnlandschaft»: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23

Minderheit Wädenswil: Jonas Erni (SP, Horgen), 076 365 78 06

Minderheit Bassersdorf: Ulrich Pfister (SVP, Egg), 076 547 27 56

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung ist die Wahl zweier Mitglieder des Handelsgerichts vorgesehen ([KR-Nr. 276/2023](#) und [KR-Nr. 277/2023](#)). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12